

„Wir werden uns schämen.“* Ein Stadtratshearing lässt tief blicken.

Stellungnahme zu der Anhörung über die Sperrbezirksverordnung und Sexualassistenten am 30.11.2023, von 14h00 – 17h00 im Münchener Rathaus

06.02.2024, das AGGB-Team, mit NACHTRAG vom 04.04.2024 bei Anmerkung *3

Kommentierte Zusammenfassung des Hearings

Wir erheben nicht den Anspruch, einen objektiven Bericht vorzulegen. Es geht uns darum, unsere Sicht zu verdeutlichen. Dies betrifft nicht nur das Hearing selbst, sondern auch die Rahmenbedingungen, unter denen es stattfand. Bei der Abwägung zwischen größtmöglicher Neutralität und der Zulassung auch emotionaler Eindrücke haben wir uns für Letzteres entschieden, weil es die Lesbarkeit erleichtert und mögliche Wirkungsabsichten besser vermittelt. Manches haben wir auf der Tribüne – auch akustisch - nicht gut verstanden, manche Zusammenhänge waren nicht erkennbar. Im Zweifel sei auf das Protokoll verwiesen. Gern nehmen wir auch kritisches Feedback entgegen. **Die zahlreichen Fußnoten geben wichtige Hintergrundinformationen, entweder unten im Text oder bei den FAQs in dem gesonderten Dokument in der Anlage. Kommentierungen in Kursiv, grün markiert sind Beiträge von Seiten des Stadtrates und des Polizeivertreters.**

Vorbemerkung:

Im Gegensatz zur aktuellen Erkenntnislage gibt es seitens der Grünen Stadtratsfraktion und des KVR in München offenbar immer noch Bestrebungen, die Sperrbezirke aufzulösen, um Senioren und Behinderten in Heimen „Gutes“ zu tun. Der Aspekt der Menschenrechte von Frauen wird hier ausgeblendet. In Hinblick auf Frauen in der Prostitution wird dabei von dem Leitbild der selbstbestimmten Dienstleisterin*1) ausgegangen, das längst widerlegt ist.

Welche Öffentlichkeit will das KVR?

Die Leiterin des KVR wollte laut Einladungstext den Stadtrat und eine interessierte Öffentlichkeit informieren. Warum mussten dann ausgerechnet wir von AGGB die Bezirksausschüsse über das Hearing informieren? Diese sind doch primär betroffen, wenn künftig im gesamten Stadtgebiet und in allen Wohnvierteln Prostitution erlaubt sein sollte. Zählt die Einschätzung der engagierten Menschen an der Basis weniger als die des Stadtrates?

„Wir wollen die Frauen in der Prostitution bestmöglich schützen!“ - Was ist damit gemeint?

Die KVR-Chefin möchte auch „den Schutz von in der Prostitution Tätigen identifizieren“. **Wäre der beste Schutz nicht, Frauen VOR dem Einstieg in die Prostitution zu bewahren, indem die Nachfrage reduziert wird?** So fordern es internationale Institutionen wie OSZE und CEDAW*1) und direkt oder indirekt auch Abkommen wie die Istanbul-Konvention und GRETA.

Auswahl der „Expertinnen“?

Als bezahlte Expertinnen wurden auch Lobbyistinnen eingeladen, die teilweise schon vor über 20 Jahren die Gesetzgebung maßgeblich beeinflusst haben - und seitdem ihre interessengeleiteten Narrative über alle Kanäle verbreiten.

Keine der Damen kann als „Stimme der Betroffenen“ gelten, wenn es um Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung geht. Wir fragen uns, warum Stimmen, wie die von Sandra Norak, Ronja *2) oder Huschke Mau so hartnäckig ignoriert werden?!

Der 2. Bürgermeister, Dominik Krause, eröffnet die Veranstaltung mit einem Dank an die CSU Fraktion, die diese Anhörung beantragt hatte. Nach 18 Jahren sei es an der Zeit, sich wieder mit dem Thema zu beschäftigen. Es gehe um eine mögliche Änderung der Sperrbezirke. Corona habe ein Ausweichen von Prostitution in die Illegalität gezeigt, wo es weniger Schutz gäbe. *FAQ 1

*Interessant, dass dieses Hearing ausgerechnet von der CSU Fraktion beantragt wurde, worauf im Verlauf der Veranstaltung immer wieder hingewiesen wurde. Der Antragsteller und Fraktionsführer hat an dem Hearing nicht teilgenommen und in seiner Fraktion auch nicht dazu eingeladen. Manuel Prezl hatte sich vor der letzten Wahl aber noch sehr kritisch über „Sexkauf“ geäußert.*3)*

Frau Zurek, die Leiterin des Referates für Gesundheit der LHM, berichtet von 8.000 Beratungen, die sie seit der Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG 2017) für Menschen in der Prostitution geleistet hätten, davon 4% für Transgender, 1% Männer. *Wir fragen uns, ob im Referat auch die gesundheitlichen Schäden erfasst werden, wie sie von vielen medizinischen Fachkräften dokumentiert wurden. Warum waren diese kein Thema?*4)*

Dr. Adina Schwarz, die Leiterin der Beratungsstelle Jadwiga, berichtet über ihren Aufgabenbereich: Jadwiga ist zuständig für die Betreuung von Menschenhandelsopfern und Betroffenen von Zwangsheirat. In München und Nürnberg arbeiten 10 Mitarbeiterinnen, sie betreuen über 250 Opfer von Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung. Jadwiga ist in Kooperation mit dem KVR auch zuständig für die Ausgestaltung der Befragung bei der Anmeldung zur Aufnahme der Prostitution und lobt die gute Zusammenarbeit mit dem KVR. Routinemäßig wird Jadwiga nur bei U21 Anmeldungen, bei Ukrainerinnen und bei Verdacht auf Menschenhandel hinzugezogen. Ihr Eindruck: *Die Frauen wirkten bei der Anmeldung sehr eingeschüchtert. Sie wüssten gar nicht, was eine Fachberatungsstelle ist, schon, weil sie zuvor NIE irgendeine Unterstützung erfahren hätten und oft auch nicht kohärent lesen und schreiben könnten.*

Erfolge von Jadwiga am Beispiel der Geschichte von Maria: Beinahe Opfer der Loverboy-Methode

Eines dieser vom KVR und Jadwiga identifizierten Opfer des Menschenhandels ist Maria. Maria hatte in Rumänien ihr Abitur gemacht und wollte studieren, sie verliebte sich in Cornell, der sie nach Deutschland brachte, wo sie gegen ihren Willen in der Prostitution tätig sein sollte. Er schlägt sie, sie geht zum Anmeldetermin, bei dem Jadwiga unterstützend dabei ist, sie zeigt den Täter an, es kommt zu einer Verurteilung, er erhält 3 Jahre Haft. Mit Hilfe von Jadwiga kehrt Maria nach Rumänien zurück, allerdings nicht in ihren Herkunftsort, wo sie auch von Menschenhändlern bedroht worden wäre, sondern in eine geschützte Unterkunft. Dort verbringt sie das erste Studienjahr, allein im Home-Office, unterbrochen nur von den Gerichtsterminen, die eine sehr große psychische Belastung für sie darstellten, gerade in Prüfungszeiten. Ein großer Vorteil war, dass sie bei diesen Terminen nicht persönlich erscheinen musste, sondern nur per Videoschleife.

Maria machte in der Folge ein Praktikum bei der nationalen Agentur gegen Menschenhandel (ANITP), unterstützte Kampagnen zur Aufklärung über die Loverboy Methode. Im dritten Studienjahr kam sie mit Erasmus nach Deutschland, besuchte dort verschiedene Organisationen und auch die Polizei, die ihr damals geholfen hatte. Jetzt schreibt sie ihre Bachelorarbeit darüber, wie Spezialisten aus Deutschland und Rumänien zur Bekämpfung des Menschenhandels zusammenarbeiten. Es komme ihr selbst jetzt surreal vor, dass sie gerettet wurde und eine Chance bekam. Ihre Erlebnisse klingen wie eine Verkettung von Umständen, bei denen sie immer noch so gerade einmal davongekommen ist. Sinngemäß meinte sie: *Wäre die Mitarbeiterin im KVR nicht so empathisch gewesen, hätte ich nichts gesagt. Hätte ich nicht sofort Unterstützung der Polizei bekommen, hätten die NGOs nicht mein Vertrauen gewonnen und mich unterstützen können, dann wäre ich wahrscheinlich all den Schwierigkeiten erlegen und den Menschenhändlern zum Opfer gefallen.*

Maria ist durch die gute Zusammenarbeit von Jadwiga, dem KVR und der Polizei so gerade noch einmal davongekommen. Sie wurde gerettet, bevor die Ausbeutungsphase begann. Maria stellt sich selbst als glücklichen Einzelfall dar, die Norm ist, dass Frauen in der Situation kein Vertrauen fassen und aus Angst schweigen. Aber selbst, wenn Frauen wissen, dass sie in die Prostitution vermittelt werden, sind sie oft völlig im Unklaren darüber, was sie in der Realität hier erwartet. Der Ausstieg ist für viele unendlich schwer.

Michaela Fröhlich die ehemalige Leiterin der Fachberatungsstellen Mimikry und Marikas verzichtet auf Tätigkeitsnachweise und auch darauf, auf Erfolge zu verweisen. Sie setzt auf maximale Reduktion von Komplexität: So sieht sie die Probleme nicht beim Menschenhandel und in der sexuellen Ausbeutung, sondern in der Gesellschaft. Für Ausstiegswillige würden sie in der Beratungsstelle Lebensläufe sehr kreativ formulieren müssen, weil die gesellschaftliche Stigmatisierung so groß sei. Darin sieht sie offenbar das Hauptproblem. Im Fokus von Frau Fröhlich steht die Abschaffung des Prostituiertenschutzgesetzes, welches sie „Prostitutionsschutzgesetz“ nennt. Eine Anmeldepflicht und verpflichtende Beratung verletzen aus ihrer Sicht die Grundrechte auf Berufsfreiheit und informationelle Selbstbestimmung. Das führe dazu, dass die Frauen in der Illegalität arbeiten würden. Besonders schlimm: Die Anmeldung sei sogar kostenpflichtig - und das, trotz der hohen Mieten in den Prostitutionsstätten! (30€ Anmeldegebühr, wie sich später herausstellte). Sie schließe sich vollumfänglich den Forderungen der Diakonie Deutschland*2) und der Diakonie Oberbayern an, die eine Stärkung der Rechte und ausreichend Schutz für „Sexarbeiterinnen“ fordern.***FAQ 1,2,5,8**

Frau Gilges: nach eigenem Bekunden Kulturpädagogin und Wissenschaftlerin aus NRW, ohne Titel, vertritt sie ein uns bis dato unbekanntes Institut, das man nach allgemeiner Auffassung auch nicht kennen muss. Wir lauschten einem mit sanfter Stimme vorgetragenen Wortschwall an akademischen Begriffen, die keinerlei Beitrag zu irgendeiner konkreten Frage zu leisten imstande gewesen wären, und einen „theoretischen Überbau“ zwar forderten, diesen aber auch nicht andeutungsweise lieferten. Über die kalkulierte kommunikative Wirkung dieses Auftritts können wir nur spekulieren.*5) Aus unseren Notizen konnten wir kein kohärentes Statement rekonstruieren.

Warum wurde nicht Frau Professor Dr. Elke Mack eingeladen? Sie lebt in Bayern, lehrt in Erfurt und hat gemeinsam mit dem Verfassungsrechtler Prof. Ulrich Rommelfanger im Juni 2023 ein vielbeachtetes verfassungsrechtliches und rechts-ethisches Gutachten vorgelegt. Warum ignoriert das KVR-Team aktuelle Diskurse auf hohem Niveau, um der Münchener Bürgerschaft eine No-Name Wissenschaftlerin aus NRW vorzusetzen? Warum fragt das KVR Team nicht die einschlägig tätigen NGOs, wenn es ihm an Verbindungen und Informationen fehlt? **Warum wurden deren Kreis niemand zur Vorbereitung des Hearings herangezogen? Warum wurden sie dort nicht gehört? Diese Frage stellten auch die Stadträtinnen Grimm (CSU) und Hübner (SPD).**

Frau Johanna Weber vom Berufsverband erotischer und sexueller Dienstleistungen (BesD). Sie gilt als „Cheflobbyistin“ der Branche (Wikipedia) und ist dem Vernehmen nach als Domina tätig. Sie besitzt, betreut oder arbeitet in Studios in Berlin, München und anderen Städten Norddeutschlands. In dem Hearing kokettiert sie damit, „ganz nervös“ zu sein, weil es so ungewohnt für sie sei, vor so vielen Menschen zu sprechen. Frau Weber ist seit Jahren regelmäßig in ganz Deutschland und einigen Nachbarstaaten als Lobbyistin mit Vorträgen und Medienauftritten unterwegs, sodass wir uns fragen, ob und wann sie noch Zeit für die auf ihrer Website angebotenen Dienstleistungen findet. Sie tritt gern als „Stimme der Betroffenen“ auf, wir verorten sie aber im Lager der Profiteur*innen. Und bei dem Hearing tritt sie auch ganz offen mit ihren Forderungen als Interessenvertreterin auf. Der Wunsch von Frau Weber ist es, dass überall im Stadtgebiet neue Studios eröffnet werden können, denn dann wären die Mieten für die Frauen billiger und die Auswahl an Objekten wäre größer. Frauen in der Prostitution wären nicht mehr den „monopolistischen“ Bordellbesitzern ausgeliefert, sondern könnten überall in der Stadt Studios (Prostitutionsstätten) eröffnen. **Und natürlich würde das größere Angebot an Prostitutionsstätten mehr Nachfrage nach gehandelten Frauen schaffen. Es wäre geradezu ein Konjunkturprogramm für den Menschenhandel. Für die optimierten Geschäftsbedingungen von „weißen“ Besserverdienenden würde die Masse an gehandelten Frauen aus dem globalen Süden als Kollateralschaden einfach hingenommen.**

Frau Weber dankt der Stadt auch ausdrücklich dafür, dass sie in ihrem Studio schlafen dürfe: „Ich schlafe gern in meinem Studio!“ *Danke an die Stadt München, dass Prostituierte entgegen der bundesgesetzlichen Regelung keine eigene Unterkunft nachweisen müssen?! Das macht die Ausbeutung um vieles lukrativer!* **Und es zeigt vor allem, dass viele Frauen obdachlos wären, wenn**

sie nicht im Bordell anschaffen würden. Wer wollte da noch ernsthaft von Freiwilligkeit sprechen?

Wir kennen Frau Webers Studio nicht, aber wir wissen, dass die meisten Frauen auf nur 8-12 m² ihren Körper zur Benutzung anbieten müssen, oft genug auch in Räumen ohne Tageslicht, mit schlechter Belüftung und meistens ohne eigene Dusche. Und dass sie dann in demselben Raum im Geruch von Schweiß und Sperma für ein paar Stunden schlafen können, vorausgesetzt, dass sie nicht vom nächsten Freier gestört werden. Darauf verweist die Aussteigerin Sandra Norak, z.B. in Filmbeiträgen und in ihrem Blog. **Und für diese menschenunwürdigen Verhältnisse hat die LHM eine Ausnahmegenehmigung vom Bundesgesetz erwirkt? Wer zeichnet dafür verantwortlich? Kriminaldirektor Falk von Usslar wies in dem Kontext darauf hin, dass eine Ausweitung von Prostitution im ganzen Stadtgebiet die Kontrolle enorm erschweren würde, zumal davon auszugehen sei, dass viele Prostitutionsstätten im Innenstadtbereich entstehen würden, wo ohnehin schon eine schwierige Situation vorläge. Wir meinen: Warum die knappen Ressourcen noch weiter ausreizen? Und das lediglich für die Optimierung der Standortbedingungen für diese speziellen „Gewerbetreibenden“?**

Frau Ulrike Grimm, Stadträtin, frauenpolitische Sprecherin der CSU-Fraktion:

Sie fragt, wo die Gleichstellung bleibe, München hätte schließlich die EU-Charta für Gleichstellung unterschrieben. Es sei in großen Teilen nicht sicher, dass die Penetration freiwillig passiere. Zum ProstSchG und der von Lobbyisten und deren Helferinnen geforderten Abschaffung: **Maria wäre ohne die Anmeldung nicht gefunden worden! Sie kritisierte, dass mehr Lobbyistinnen eingeladen wurden und hätte gern auch Stimmen pro Freier-Bestrafung gehört.**

Frau Sammüller-Gradl: „Wir sind hier nicht im Bundestag, darum soll es heute nicht gehen! Das Ziel der Eindämmung ist nicht deckungsgleich mit der Frage, wie wir Frauen in der Prostitution helfen können.“ Wie zuvor schon die „Vertreterin der Wissenschaft“ warnte sie vor dem „Lobby“- Begriff, der werde schon vor Gericht verhandelt.*6)

Auch, wenn wir nicht im Bundestag sind, findet Kommunalpolitik nicht im politischen Niemandsland statt. Sie muss immer konform mit Entwicklungen in Land, Bund und EU gehen, es sei denn, man will diese bewusst konterkarieren. Egal, um welchen Schutz es geht, der wichtigste Ansatz ist immer die Prävention! Also Eindämmung, Menschen gar nicht erst zu Menschenhandelsopfern werden lassen! Vor vielen kleinen Gefahren sollen Frauen geschützt werden, vor dem großen Verbrechen, der Verbringung in die Prostitution und der dauerhaften sexuellen Ausbeutung aber nicht? (Oder nur durch die Polizei?) Das ist absurd und weltfremd. Hier zeigt sich eine harte Resistenz gegen alle aktuellen Diskurse und ein Beharren auf dem Leitbild der „selbstbestimmten Sexarbeiterin“, das vor über 20 Jahren von Grünen kreiert und von einigen wohlmeinenden SPD Frauen mitgetragen wurde, ein Narrativ, das nur für eine ganz kleine Schicht zutrifft, aber trotzdem seitdem staatliches Handeln bestimmt. **Was hier als „Hilfe“ verkauft werden soll, sind nur Pflaster gegen Folter.**

Frau Stefanie Klee ist Vertreterin des BSD, des Berufsverbandes Sexuelle Dienstleistungen, der Bordellbetreibende und andere Profiteur*innen des Systems versammelt. Noch am 14.06.22 trat sie aber als Vertreterin der Nürnberger Beratungsstelle Cassandra auf, als es in einem Hearing des Bayrischen Landtags um die Situation der Prostituierten in BAYERN ging. Cassandra, eine öffentlich geförderte Fachberatung in Nürnberg, bietet „Fortbildungen“ zur Sexualassistenten an, also eine Art Public Private Partnership. **In der Einladung des KVR wurde Frau Klee aber fälschlicherweise als Vertreterin des BeSD bezeichnet, also quasi als Vertretung von „Sexarbeitenden“, statt der Bordellbetreibenden. Es geht hier offenbar recht viel durcheinander.**

Frau Klee sprach mit sympathisch rheinländischem Zungenschlag und stellte sich mit den Worten vor: „Ich bin eine alte Hure!“ Sehr offen sagte sie „Sexualassistenten ist Prostitution“. Sie betonte, dass sie diesen Beruf gerne mache.*7) Dann schilderte sie in durchaus berührenden Worten das strenge Regime, dem Bewohnerinnen und Bewohner in den Altenheimen tagtäglich unterworfen seien. Eindrücklich schilderte sie, wie dringend nötig Möglichkeiten des Auslebens persönlicher Bedürfnisse in dieser beklemmenden Umgebung seien. Und, dass sie oft eingeladen würde, wenn es in Heimen zu Übergriffen gekommen sei. Gerade dementiell Erkrankte würden immer übergriffiger, bis hin zur

Vergewaltigung. Wenn sie ihre Sexualität ausleben könnten, würden Glückshormone ausgeschüttet.*8) Das wäre für die Pflegekassen ein Moment der Prävention. ***FAQ 9**, *Erstaunlich offen brachte Frau Klee hier ein Thema ins Spiel, das zuvor schon von Landtagsabgeordneten der Grünen als Testballon in der Regionalpresse gestartet worden war. Und vor einigen Jahren auch schon im Bundestag von einer Abgeordneten der Grünen Fraktion betrieben wurde: Prostitution auf Kosten der Solidargemeinschaft. Diese Bemühungen erwecken den Eindruck einer beharrlichen Lobbyarbeit zugunsten des Systems Prostitution auf allen politischen Ebenen. Frau Klee bedient hier auch wieder den Vergewaltigungsmythos****FAQ 10**, dass Prostitution „bürgerliche“ Frauen oder Pflegerinnen schütze. Wir meinen: **Gerade die selbstverständliche Verfügbarkeit von Frauen in der Prostitution nährt bei Männern die Vorstellung, dass sie mit Übergriffen nur ihre angestammten „Rechte“ reklamieren. Dass an dementsprechenden, also nicht eindeutig konsensfähigen Menschen, keine sexuellen Handlungen vorgenommen werden dürfen, müsste eigentlich allen logisch Denkenden klar sein. Eine juristische Betrachtung wäre interessant.** Aus unserer Sicht ist Sexualassistent ein Trojaner der Bordellbetreiber-Lobby. Die Prämisse ist, dass die Gesellschaft für die Sexualität der Männer zuständig wäre, das ist ein rein männlicher Blick auf Sexualität, Gender-Budgeting wird – nebenbei bemerkt - auch völlig außer Acht gelassen . Uns hat auch irritiert, dass Herr Benker, der als Leiter des München Stifts bis vor Kurzem für Altenheime zuständig war, der Dystopie von Frau Klee so gar nichts entgegenzusetzen hatte.

Herr Robert Reuss, Marikas: forderte unumwunden die Abschaffung der Sperrbezirke für seine Klientel der schwulen Männer.

Frau Rodika Knab, Solwodi Augsburg: Die Beratungsstelle macht Streetwork und aufsuchende Sozialarbeit in Augsburg. Frau Knab berichtet, in Häusern (Bordellen) im Industriegebiet seien Frauen einquartiert, die oft der Loverboy-Methode zum Opfer gefallen seien, oder durch organisierte Banden über Handelsrouten nach Deutschland verbracht worden seien. **Es gebe eine „apparente Legalität“ in den Bordellen. Man könne an der Tür nicht erkennen, was drinsteckt.*FAQ 6)** Frau Knab wird von einer Moderatorin unterbrochen, weil die Zeit knapp sei. Dagegen protestierte Die SPD-Stadträtin Anne Hübner. So durfte auch Frau Knab ausreden.

Frau Schmidt-Thiel, SPD stellte gleich mehrere Fragen: Ein Recht auf Sexualität beinhalte kein Recht auf Übergriffbarkeit, bemerkte sie. Sie wollte wissen: **„Gibt es auch eine Nachfrage von Frauen? Passiert die ausbeutende Prostitution eher in Toleranzgebieten oder in den Sperrbezirken? Wie viele Angemeldete gibt es und wie groß ist die Dunkelziffer? Wie können wir bei Großevents vor sexueller Ausbeutung schützen?“*9)**

Frau Lena Odell, SPD, fragt: **Ist Freier Bestrafung etwas, das die Regierung von Oberbayern regeln könnte?**

Anne Hübner, SPD forderte, dass auch emotionale Stimmen in diesem Hearing zur Sprache kommen sollten. *Uns geht es gar nicht um Emotionalität. Wir wünschen uns zwar von allen Menschen, dass sie auf Menschenrechtsverletzungen mit Empathie und Emotionen reagieren. Von dem Hearing haben wir aber zumindest Vernunft und Haltung erwartet, aber auch da wurden wir enttäuscht. Ein rein technokratisches Verständnis von Seiten der KVR Chefin verband sich hier mit purem Lobbyismus und altbackener Männerrechteideologie. Aber gesellschaftliche Fragen lassen sich weder technokratisch noch ideologisch lösen.*

Frau Sammüller-Gradl antwortete darauf: Eine Freier-Bestrafung gibt die Gesetzgebung in Bayern nicht her. Die Regierung von OBB könnte eine solche Regelung nicht erlassen. 1.800 Frauen seien als Prostituierte angemeldet, über die Dunkelziffer wisse sie nichts. Frauen würden bei der jetzigen Regelung nicht die Polizei anrufen, wenn sie bedroht würden, weil sie sich ja selbst strafbar gemacht hätten. Die Sperrbezirksregelung sei 1972 eingeführt und 1982 erweitert worden auf 80% des

Stadtgebiets. Es gebe ein Urteil des Bayrischen Verfassungsgerichtshofes von 1982, dass die Sperrbezirksregelung damals schon am Rande der Legalität gewesen sei.

Zu der Freier Bestrafung liegt uns eine Zusage des Oberbürgermeisters vor, auf die Regierung von OBB entsprechend einzuwirken. *10) Zur Dunkelziffer sollte es polizeiliche Hochrechnungen geben. *10) Allgemein wird davon ausgegangen, dass sich nur circa 10% der Frauen anmelden. Wenn es seit 40 Jahren angeblich dringenden Handlungsbedarf gab, warum wurde der erst jetzt entdeckt? War das KVR zuvor etwa untätig? Oder hatte es andere Prioritäten?

Polizeivertreter von Usslar: Wir wollen die Begleitkriminalität an möglichst wenigen Orten haben, um sie besser kontrollieren zu können. Die jetzigen Toleranzzonen am Stadtrand sind einfacher zu kontrollieren als Gebiete im Stadtzentrum. Wir wollen, dass möglichst wenig passiert!

Herr Siegfried Benker, der bis vor kurzem noch die Leitung des Münchenstifts innehatte, schilderte eindrücklich die Nöte und Bedürfnisse von Altenheimbewohnern, die sich sexuelle Befriedigung durch Prostituierte wünschten, was aber nicht erlaubt sei, wenn das Heim innerhalb des Sperrbezirks liegt. Die Mitarbeitenden könnten sich strafbar machen, wenn sie einem Bewohner den Wunsch erfüllten, indem sie beispielsweise eine Prostituierte ins Heim bestellten. *FAQ 9) Eine Taxi-Fahrt zum Bordell wäre zu kompliziert. *Sein Statement war von Empathie und Fürsorge für die Männer mit ihren konkreten Bedürfnissen geprägt. Aber dass aus einer „pragmatischen“ Lösung eines Problems für eine sehr kleine Minderheit, schnell unzählige neue Probleme entstehen können, wurde hier ausgeblendet – oder gar nicht gesehen?*

Herr Roland Hefter, SPD-Stadtrat, fragte, ob Herr Benker denn glaube, dass die Männer nach dem F***** weniger übergriffig wären? Er wies darauf hin, dass es Heimbewohner gebe, die sich nicht einmal einen Friseurbesuch leisten könnten. Welche Irritationen könnten da entstehen, wenn andere sich eine Prostituierte aufs Zimmer holten, fragte er sinngemäß.

Auch Menschenrechte muss man sich leisten können ...

Herr Benker hat eingestanden, dass natürlich nur Bewohner mit den finanziellen Möglichkeiten in den Genuss dessen kommen könnten, was er zuvor als Menschenrecht bezeichnet hatte: „Wie im richtigen Leben,“ meinte er gut gelaunt. Was denn jetzt? **Grundrechte stehen jedem Menschen zu, unabhängig vom Einkommen. Was er hier nicht erwähnte: Überlegungen, „Sexualassistenz“, also Prostitution als Kassenleistung der Solidargemeinschaft aufzubürden, sind schon in der Pipeline.*12** Das wäre dann vermutlich der nächste Schritt, er wäre nur konsequent, wenn durch das erweiterte Angebot entsprechende Begehrlichkeiten in den Heimen entstünden. Wie das zu einem angestrebten Gender Budgeting passt, bleibt unklar.

Auf die Frage von Julia Schmidt Thiel, SPD, ob auch Frauen in den Genuss erotischer Dienstleistungen kommen sollten, wusste Benker selbst keine Antwort. Die neben ihm sitzende Stephanie Klee habe dies bejaht, meinte er halb belustigt, ob solch eines Ansinnens, über das er offenbar selbst noch nie nachgedacht hatte.

Herr von Usslar, Kriminaldirektor der Münchner Polizei, verwies auf die besondere Gefährdung der vulnerablen Gruppe der Altenheimbewohner, die nicht mit dem durch diverse Kriminalitätsdelikte belasteten Milieu in Kontakt gebracht werden sollten. Auch auf die Betreuer wurde verwiesen, die dem Erwerb von Dienstleistungen zustimmen müssten.

Herr Benker wollte das von dem Polizeivertreter geäußerte Sicherheitsrisiko durch Leute aus dem Milieu in den Griff bekommen, indem „nur zertifizierte Sexualassistenz“ zugelassen würde. *Das klingt ein wenig so, wie das „Gütesiegel für Bordellbetreiber“, ein Vorschlag aus der Reservaten-Kammer der Bordellbetreiber-Lobby, mit dem sich ein Pfarrer aus Karlsruhe schon blamiert hatte. Spätestens jetzt wurde allen Beteiligten klar, wie unausgegoren der Vorschlag war, und wie viele neue Probleme durch die Scheinlösung Sexualassistenz entstehen würden.*

Es gab zu Anfang noch einen kurzen Beitrag von einer Stadträtin (?) der Grünen Fraktion, den wir nicht gut verstanden haben und der auf den es keine Resonanz gab. Auch die Beiträge von Frau Burneleit, die für „die Partei“ sprach, die unter anderem mit dem Motto „Fickt euch doch alle!“ für sich wirbt, waren für uns nicht konsistent und inhaltlich nachvollziehbar genug, zum Teil aber auch akustisch schwer verständlich. Um hier falschen Widergaben vorzubeugen, verzichteten wir ganz darauf – und verweisen auf das offizielle Protokoll.

Herr Kaum: Der CSU Stadtrat, Jurist und Verwaltungsfachmann meinte, er komme aus Hamburg und wehre sich dagegen, dass über eine starke Lobby in München eine „Lex Münchenstift“ geschaffen werde. Er warnt eindringlich vor einer Abschaffung der Sperrbezirke: „Machen wir diese Büchse nicht auf!“ Zudem führte er Benkers Ausführungen vollends ad absurdum, indem er von **der „Lex Münchenstift“ sprach. Eine Bevorzugung von Heimbewohnern gegenüber Menschen, die daheim gepflegt würden, wäre juristisch nicht haltbar. Dies müsste eine völlige Abschaffung der Sperrbezirke zur Folge haben. Das ist dann nicht mehr die Stadt, in der ich leben möchte, meinte er sinngemäß. Womit er genau den Punkt getroffen hat, warum bei diesem Hearing die Tribüne voll war! Niemand mit Herz, Hirn und Verstand möchte, dass München zu einer Stadt verkommt, in der sich Menschenhändler*innen und ihre polykriminelle Entourage wohler fühlen als die Stadtbevölkerung.**

Was nicht hinterfragt wurde, war Herr Benkers Konzept von Menschenrechten. Es war ihm offenbar sehr ernst damit, denn er hat es mehrfach wiederholt. Wir haben uns die Mühe gemacht, uns mögliche Quellen dieses Menschenrechtsverständnisses mal anzusehen. *13)

Die Leiterin des KVR und ihr dringender Handlungsbedarf

Freier Bestrafung in Sperrbezirken sei leider nicht möglich, meinte die Leiterin des KVR. Wir fragen, was das KVR denn schon in dieser Richtung unternommen hat?

Frau Sammüller-Grادل hat immer wieder auf ein Gesetz aus dem Jahre 1982 verwiesen, dessen Erfüllung jetzt überfällig sei. Plötzlich sei dringender Handlungsbedarf geboten, weil einige neue Stadtviertel entstanden sind und Gewerbegebiete zu Wohnvierteln umgewidmet worden sind. *Dass es deshalb kleine Nachjustierungen in der Sperrbezirksverordnung geben kann oder muss, erscheint plausibel. Eine generelle Lockerung oder gar Aufhebung aber nicht. *14) Mehrfach erwähnte sie das Nordische Modell mit dem Hinweis, dass diese Gesetzgebung in die Kompetenz des Bundes falle. Sollten die Zuhörenden auf der Tribüne etwa über die politischen Ebenen belehrt werden?*

Wir sehen Politik als ganzheitlich. Kommunalpolitik findet nicht auf einer Insel statt.

Gesellschaftspolitische Entwicklungen müssen auch hier rezipiert werden, sonst ist Politik reine Technokratie, die noch nie etwas Gutes für die Gesellschaft gebracht hat. Wenn das Europäische Parlament Prostitution als Gewalt gegen Frauen bezeichnet, erwarten wir dazu zumindest eine gut begründete Positionierung. Nicht, wie von den deutschen Grünen des Europa Parlaments, eine Ablehnung gemeinsam mit der AfD und FDP.

Abschließende Betrachtungen:

Unsere Einschätzung im Vorfeld des Hearings sehen wir voll bestätigt:

Während auf der einen Seite auswärtige TOP-Lobbyistinnen und Profiteurinnen des Systems auftreten, die, von geschäftlichen Interessen abgesehen, nichts mit München zu tun haben, sind auf der anderen Seite Vertreterinnen örtlicher Beratungsstellen eingeladen, die sich intensiv um die Opfer des Systems Prostitution kümmern, oder sich mit dem ausbeuterischen System arrangiert haben. Es ist eine sehr ungleiche Auswahl, die nicht nur auf der Tribüne den Geschmack von Manipulation hinterlässt. Wir wundern uns, welches Interesse der Stadtrat an so einem Hearing haben kann, das nur vorgestrige Positionen bestärkt, gerade auch von Männern, die noch nicht verstanden haben, dass „nur Ja - Ja heißt“ und echter Konsens nicht käuflich ist.

Alle reden von „Schutz“ bieten, aber um die Frauen geht es nicht!

Den Frauen in der Prostitution nutzt eine Abschaffung der Sperrbezirke nichts, denn Strafen für Frauen in der Prostitution, die in Sperrbezirken „unterwegs“ sind, werden von der Justizministerkonferenz ohnehin infrage gestellt und bald abgeschafft, wie unlängst durch den Justizminister des Bundes angekündigt wurde. Begründung des Bayrischen Justizministers: Man erwäge, auf eine Bestrafung der Frauen verzichten, „weil Not und Elend oft der Antriebsfaktor“ seien. Also wurde offiziell bestätigt, dass es sich bei Prostitution eher nicht um eine selbstbestimmte Dienstleistung handelt.

Eindämmung der Nachfrage als internationaler-, nationaler- und kommunaler Auftrag

Es geht dem BSD als Lobbyverband der Bordellbetreiber darum, dass möglichst viele Prostitutionsstätten legal errichtet werden können – überall in München. **Uns geht es darum, dass die Sperrbezirke erhalten bleiben, aber die Freier bestraft werden. Denn sie schaffen die Nachfrage. Nur durch eine wirkungsvolle Einschränkung der Nachfrage kann dem Menschenhandel begegnet werden – gerade auf kommunaler Ebene.** Das sind sich alle internationalen Expertinnen und Experten einig. Das weiß auch die CDU/CSU Bundestagsfraktion, der Kanzler, das Europäische Parlament und das wissen immer mehr fortschrittlich denkende und informierte Menschen in Politik und Gesellschaft. Nur innerhalb dieses Rahmens kann in der Zukunft eine menschenrechtsbasierte Prostitutionspolitik gestaltet werden: auch und gerade in der Kommunalpolitik.

Fazit des Hearings: eine unterkomplexe Veranstaltung. Die Einlassungen stammten überwiegend von Lobbyvertreterinnen, es waren Behauptungen auf der Basis fragwürdiger Prämissen auf der Basis eines eindimensionalen, ideologischen Menschenbildes. Dieses Weltbild von Anno dazumal bildet nicht den aktuellen Erkenntnisstand ab. Gesellschaftliche Probleme auf technokratische Weise „lösen“ zu wollen, zeugt von einer beklemmenden Eindimensionalität. Eine ähnliche Denkweise hatte 2002 zu dem gescheiterten Prostitutionsgesetz geführt. Nur durch den authentischen Bericht Marias, die Ausführungen des Polizeisprechers und der Vertreterinnen der Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel brachte dieses Hearing einen Erkenntnisgewinn. Besonders dankbar sind wir für die vielen kritischen Anmerkungen und Fragen aus den Reihen des Stadtrates. Wir hätten uns aber mehr Teilnehmende gewünscht. **Als es 2019 um Münchens Klimaneutralität ging, waren fast alle Fraktionen beteiligt und besten vorbereitet. Es war eine Veranstaltung auf höchstem Niveau, die uns stolz gemacht hat auf unsere Stadt. Ein solcher Respekt hätte auch den Menschenrechten gelten müssen, die hier letztendlich verhandelt wurden. Denn Prostitution und Menschenhandel gehen uns alle an!**

Deshalb fordern wir den Münchener Stadtrat auf, allen Versuchen, die Sperrbezirksregelung zu lockern, eine Absage zu erteilen, und stattdessen gemeinsam mit der Regierung von Oberbayern auf eine Freier-Bestrafung in den Sperrbezirken hinzuarbeiten. Wir wünschen uns ein klares Statement von Stadtrat und Stadtspitze, dass Prostitution in München grundsätzlich nicht ausgeweitet, sondern eingedämmt werden soll. Für Großevents (Fußball, Wiesen, BAUMA) wünschen wir uns ein entsprechendes Maßnahmenpaket. München sollte die UN-Menschenrechtscharta proaktiv umsetzen und möglichst viele Frauen vor Menschenhandel und Prostitution schützen!

Anmerkungen:

***0)** So der Titel der sechsseitigen Reportage über das gescheiterte Prostitutionsgesetz von Katrin Langhans im Spiegel Heft 26, 2023

Einen guten Eindruck von der demoralisierenden Wirkung von Prostitution auf Familien und die Gesellschaft als Ganzes vermittelt auch:

<https://chrismon.de/artikel/2020/49553/zwangsprostitution-wenn-die-tochter-im-bordell-landet>

***1) Die Prostitutionspolitik der Bundesregierung ist eindeutig im Konflikt mit internationalem**

Recht: Das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) ist das wichtigste Menschenrechtsinstrument für die Rechte von Frauen.

Artikel 6 besagt: Die Vertragsstaaten sollen alle geeigneten Maßnahmen treffen, einschließlich der Gesetzgebung, um alle Formen des Frauenhandels und der Ausbeutung der Prostitution von Frauen zu unterdrücken.

Als Interpretationshilfe zu den Artikeln entwickeln die CEDAW Experten die 'General Recommendations'(GR). Zu Art 6 sagt GR 38 folgendes in Punkt 30: "**Die sexuelle Ausbeutung besteht fort, weil die Vertragsstaaten es versäumt haben, die Nachfrage, die die Ausbeutung begünstigt und zum Menschenhandel führt, wirksam zu unterbinden.**"

Einen Überblick über die Prostitutionspolitik 2002 bis 2020 finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/watch?v=pibintc2kuk>

Der ehemalige schwedische Sonderbotschafter über Gesetze zur Gleichstellung und Prostitution:

<https://www.youtube.com/watch?v=Ymag7JlaWjl>

Eine Kommunalpolitikerin klärt darüber auf, wie Kommunen Frauen wirklich schützen können:

<https://www.youtube.com/watch?v=SeE3IBJefQ8>

***2) Affirmativ agierende Beratungsstellen** haben schnell verstanden, dass der Ausstieg aus der Prostitution extrem schwer zu bewältigen ist. Das überlassen sie dann lieber engagierteren Menschen, von denen viele rein ehrenamtlich und auf Spendenbasis arbeiten. Da es sich oft um christliche Gruppen handelt, werden diese auch noch gern als „klerikale Kreise“ oder „evangelikal“ diffamiert. Einstiegshilfen in dieses gefährliche „Geschäft“ werden hingegen staatlich gefördert, wozu sich also die Mühe mit den oft aussichtslosen Bemühungen um Ausstieg machen?! Und die Lücke, die das mangelnde Engagement hinterlässt, wird dann mit gefälliger Rhetorik gefüllt: Die gesellschaftliche Stigmatisierung sei schuld - also nicht die Freier, nicht die Zuhälter?

Zu Frau Fröhlich und zur Diakonie: *Hier werden nur die üblichen Narrative wiederholt. Es ist sehr viel einfacher, ganz allgemein der Gesellschaft Schuld zu geben, und mit dem Strom zu schwimmen, statt sich mit dem Milieu anzulegen. Tatsächlich ist auch Frau Loheide, Vorständin Sozialpolitik der Diakonie, eine entschiedene Verfechterin des Status Quo, die im Sinne der Lobby agiert. So beteiligte sich Frau Loheide nachweislich an einer Diffamierungskampagne gegen den Kriminologen Dr. Andrea di Nicola, der im Auftrag des FEMM Ausschusses des Europa Parlaments am 27.7.2021 eine EU-weite Metastudie über die Auswirkungen der Prostitutionspolitik vorgelegt hatte. (Die Beweise liegen uns vor.) **Unsere Vermutung: es ist die Angst um Arbeitsplätze, Macht und Einfluss.***

Endlich wird die Gesellschaft aufgefordert, bei sexuellem Missbrauch hinzusehen, gut so, denn da wurde viel zu lange weggesehen und sehr viel Leid beschönigt, grade auch von der Evangelischen Kirche Deutschland, wie unlängst bestätigt wurde. Mit dem von der Diakonie Deutschland verbreiteten Narrativ von der „Sexarbeit“ wird die Gesellschaft aber getäuscht und wiederum ermuntert, doch lieber wegzusehen.

Der Zusammenhang zwischen Kindesmissbrauch und sexualisierter Ausbeutung in der Prostitution ist evident und durch viele Studien belegt. Wer keine Alternativen kennenlernen durfte, dem/der darf keine Freiwilligkeit unterstellt werden, nur, weil mit der Volljährigkeit erreicht wurde. Nur, weil die Missbrauchsopfer jetzt ganz legal in der Prostitution ausgebeutet werden. Sexarbeit als eine Dienstleistung zu bezeichnen, wenn Frauen außerhalb des Bordells gar keine Bleibe hätten, ist zynisch. Es handelt sich zumindest um Nötigung. Aber die Freiwilligkeit wird auch dann unterstellt, wenn Drogensucht vorliegt oder eine Abhängigkeit von Zuhältern. Erst, wenn für jedermann

offensichtlich Zwang ausgeübt wird, wenn dieser Zwang durch sichtbare Verletzungen dokumentiert wird, wenn sich die Frau trotz Drohungen gegen Leib und Leben gegen sie selbst und Familienangehörige zu einer Anzeige entschließt: Erst, wenn das Narrativ von der Freiwilligkeit völlig ad Absurdum geführt wird und das System Prostitution für jedermann offensichtlich sein wahres Gesicht zeigt, nimmt die Pro-Sexkauf-Fraktion ein Problem als solches wahr. Aber oft genug wird es dann schnell als „Einzelfall“ abgetan – und an die Zuständigkeit der Polizei verwiesen. Die wiederum wurde mit dem Gesetz von 2002 drastisch in ihren Ermittlungsmöglichkeiten beschnitten. Die Aussteigerin Ronja über „Freiwilligkeit“ und Beratungsstellen, bei denen Frau weniger gut beraten ist: <https://www.youtube.com/watch?v=UTfnxC1BnDk>

Berlins Bio-Klos als städtische Infrastruktur zur Tourismusförderung?
<https://www.youtube.com/watch?v=d8K4X64NQZY>

***3) CSU-Fraktion: Manuel Pretzl, 2.Bürgermeister und Fraktionsvorsitzender im Kommunalwahlkampf 2019/2020** „Die Frauen-Union München hat seinerzeit lautstark eine Verschärfung des Prostitutionsgesetzes durch den Bund gefordert. Leider konnte dieser sich nicht dazu durchringen, ... Kaum jemand kann sich die seelische und psychische Belastung und deren Folgen auf Frauen vorstellen, die zum Verkauf ihres Körpers gezwungen werden, sei es auf Grund einer Drogenabhängigkeit, durch Gewalt oder einfach nur durch wirtschaftliche Abhängigkeit.“
 Damit liegt Herr Pretzl voll auf der Linie mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Warum hat er dann dieses Hearing beantragt? Und warum ist er selbst nicht erschienen, wenn es ihm so wichtig war? Warum hat seine Fraktion keinen Einfluss auf die „Expertenwahl“ ausgeübt? Warum hat er in seiner Fraktion nicht breit für eine Teilnahme an dem Hearing mobilisiert? Warum hat die frauenpolitische Sprecherin der CSU-Fraktion erst durch unsere Kreise von dem Hearing erfahren?

Nachtrag vom 04.04.2024: Richtigstellung der CSU/FW Fraktion

Am 14.03.2024 erreichte uns ein Schreiben des CSU Fraktionsvorsitzenden mit der Bitte um Korrektur. Dort wurde überzeugend dargelegt, dass die CSU/FW Fraktion von der Fraktionsspitze frühzeitig und mehrfach über den Termin des Hearings informiert worden war. Weil das KVR ihn nicht in die Terminfindung einbezogen hatte, konnte der Fraktionsvorsitzende selbst wegen anderer Termine an dem Hearing bedauerlicherweise nicht teilnehmen.

Kritisiert wurde auch, dass wir die Anwesenheit der Frau Stadträtin Bär und des Herrn Stadtrats Schall nicht erwähnt haben. Dies war keineswegs Absicht, sondern dem Umstand geschuldet, dass wir nicht alle kennen, nicht alle sehen konnten, und auch nicht alles schnell genug mitschreiben konnten. Also möchten wir uns bei den Genannten und der Fraktion aufrichtig entschuldigen!

Ebenfalls bemängelt wurde das Zitat des damaligen 2.Bürgermeisters. Dies habe er öffentlich nie so geäußert. Darauf haben wir geantwortet:

Was den von uns zitierten Wortlaut betrifft, den Sie so nicht bestätigen wollen: Dieser stammt zwar nicht aus einer Positionierung in aller Öffentlichkeit, aber auch nicht aus vertraulich zu behandelnder, privater Kommunikation. Es ist ein wortwörtlicher Auszug aus einer Mail, den Sie am 29.01.2024 über den TERRE DES FEMMES Account an Frau XXXX geschickt hatten. Wir nehmen Ihre Antwort, die Sie mit der damaligen OB Kandidatin Kristina Frank, abgestimmt hatten, als Wahlversprechen, an das wir Sie – zumindest bis Ende dieser Wahlperiode – bei Bedarf wieder erinnern werden. Ihr Brief von 2020 basiert auf unserer gemeinsamen Erkenntnis, dass es so nicht einfach weitergehen kann – und darf.

***4) Dr. Wolfgang Heide, Liane Bissinger, Dr.Ingeborg Krause et al.,**

<https://www.trauma-and-prostitution.eu/2016/06/05/stellungnahme-von-wolfgang-heide-facharzt-fuer-gynaekologie-und-geburtshilfe/>

***5) Zu Frau Gilges: Wirkung, Absicht – oder beides?**

Was von Frau Gilges blieb, waren **zwei Botschaften**: Erstens: „**Es ist kompliziert. Man muss differenzieren**“. Im Prinzip immer zutreffend, aber das ist ein in der Politik oft gehörter Ausspruch von Leuten, die zur Sache wenig beizutragen haben und keine eigene Position beziehen wollen. Die Gesprächspartner werden so indirekt als „nicht differenziert genug“ abqualifiziert. Die Diskurshoheit der Meinungsführenden wird gewahrt, ohne dass sie sich näher einbringen müssten. **Die zweite Botschaft lautete, dass der Vorwurf des Lobbyismus strafbewehrt sei.** Interessant, wir hätten Lobbyismus für einen ganz normale Tätigkeit gehalten, die man aber als solche offenlegen muss. Sollte das etwa eine Warnung an die Adresse von engagierten Menschenrechtsaktivistinnen sein, sich nicht zu weit vorzuwagen?

Wenn es um konkrete Probleme geht, sind rein akademische Diskurse sinnfrei, aber nicht zweckfrei: Oft dienen sie der Einschüchterung Andersdenkender oder von Menschen, denen weniger sprachliche Mittel zur Verfügung stehen.

***6) Zum, laut KVR, „problematischen“ Lobbybegriff:** Hier zeigt sich die KVR-Chefin gut informiert: Ruby Rebelde, ebenfalls eine international auftretende Top-Lobbyistin, hatte dem Verein Sisters, der ehrenamtlich Frauen in der Prostitution unterstützt und wertvolle Ausstiegshilfen bietet, bei einem Vortrag unter dem Dach der Diakonie als „strukturell antisemitisch“ diffamiert. Die geradezu groteske Begründung: der Begriff „Lobby“ sei strukturell antisemitisch. Gerade kleine Vereine wie Sisters kann man mit Rufschädigung leicht demoralisieren und in die Knie zwingen, weil sie auf Spenden angewiesen sind. Sisters klagte gegen RR und gewann 2023 vor dem Amtsgericht Berlin. RR machte sich die gesetzliche Regelung zu Nutze, nach der der Gerichtssitz der Wohnort des Beklagten ist. Sisters Aktivistinnen mussten also quer durch die Republik nach Berlin zum Gerichtstermin reisen. Die Berliner Lobbyistin schickte hingegen lediglich ihren Anwalt. Sie hat den Prozess verloren und ist in Revision gegangen. Auch kleine Umweltgruppen haben solche Lobby-Methoden oft erfahren müssen. Und waren es nicht die Grünen, die – völlig zu Recht - ein Lobbyregister durchsetzten? Warum sind viele dann so blind, wenn es (laut ver.di) allein in Deutschland um ein 14 Milliarden Euro Business geht? Wir haben hingeschaut:

[Die Methoden der Internationalen Pro-Prostitutions-Lobby \(youtube.com\)](https://www.youtube.com/watch?v=vXWM5GLanSw)

***7) Die Nebelkerzen der Lobby:** Frau Klee vergaß auch dieses Mal nicht den Hinweis auf ihre ganz persönliche „Heldinntat“, nämlich, dass sie die einzige Prostituierte sei, die jemals (und erfolgreich!) ihren Lohn eingeklagt hätte: und das schon zur Jahrtausendwende. Könnte diese bewundernswerte Singularität vielleicht damit zusammenhängen, dass in dem Milieu Vorkasse die Norm ist? Die Klage diene wohl eher strategischen Zielen. Denn ausgerechnet mit dieser Geschichte hatte Frau Klee schon vor über 20 Jahren als TOP-Lobbyistin die Frauen der Bundestagsfraktion der Grünen bei den Verhandlungen um das Prostitutionsgesetz beeindruckt. Uns aber nicht. Wir haben es als Nebelkerze verbucht.

Schützt Prostitution wirklich vor Vergewaltigung? Ein Fallbeispiel aus der Geschichte: der Beinahe-Präsident Frankreichs, Strauß-Kahn: <https://www.youtube.com/watch?v=vXWM5GLanSw>

***8) Sicht einer Fachärztin zu Frau Klees Äußerungen:** Wir haben zu der Frage, ob Prostitution die Lösung von sozialen Problemen in Heimen sein könnte, eine Fachärztin für Psychiatrie befragt, die anonym bleiben möchte: „**Dass ausgerechnet Prostitution hier einen gangbaren Ausweg aufzeigen könnte, ist einem sehr funktionalistischen Menschenbild geschuldet. Wir müssen den Menschen aber in seiner Ganzheit betrachten, um ihm gerecht zu werden. Begegnungsräume für Männer und Frauen schaffen, Haustiere zulassen, Veranstaltungen und Ausflüge organisieren, alles tun, was aus einer**

sterilen - eine beglückende Umgebung macht, wäre sehr viel zielführender als eine rein auf Männersexualität abzielende Kommerzialisierung intimester Bedürfnisse. Diese Frauenschließst vollkommen aus und befriedigt nur oberflächlich und ausschließlich zahlungskräftige Männer. Dies ist im Gegensatz zu authentischen Begegnungen nicht nachhaltig und würde wohl eher zu vermehrten Übergriffen führen und die Gruppendynamik in Heimen zusätzlich belasten.“

Die Aussteigerin Huschke Mau: Wolf im Schafspelz: Sexualassistentz, 2017

<https://huschkemau.de/2017/02/20/wolf-im-schafspelz-sexualassistentz/>

***9) Versuch einer Antwort auf die Fragen von Frau Schmidt Thiel:** 1. Eine Nachfrage von Frauen in relevantem Umfang gibt es nicht. Sie wird aber von der Lobby propagandistisch gefördert, z.B. in einer Aspekte Sendung mit (Überraschung!) Frau Weber. 2. Ob die ausbeutende Prostitution eher in Toleranzgebieten oder in den Sperrbezirken vorkommt? Sie kommt überall vor, wo Abhängigkeiten herrschen. Bordelle schützen meistens vor der unmittelbaren physischen Zerstörung ihres weiblichen Kapitals durch exzessive Gewalt. Die dem System inhärente Gewalt und die Ausbeutung können sie in der Regel nicht verhindern. 3. Wie viele Angemeldete gibt es und wie groß ist die Dunkelziffer? Man schätzt, dass bundesweit nur circa 10% der Frauen angemeldet sind. Das könnte für München mit seinen engagierten Ermittlern aber positiver aussehen. Die Zahl der in München angemeldeten FiP ist aber nicht wirklich relevant, weil die Anmeldung irgendwo im Bundesgebiet erfolgen kann und überall zur Ausübung der Prostitution berechtigt. Wahrscheinlich weichen Zuhälter mit ihrer Ware zur Anmeldung eher in Städte aus, in denen die Prozedur lascher gehandhabt wird. (An manchen Orten ist die Anmeldung nur eine Formalität und der Zuhälter der Übersetzer ... Die Zuhälter sind besser vernetzt als unsere Verwaltungsleute und tauschen sich aus.) 4. Wie können wir bei Großevents vor sexueller Ausbeutung schützen? Messen, Sport?“ Auf Dauer nur durch ein Verbot der sexuellen Ausbeutung. Aber für die Fußball Europameisterschaft 2024 und künftige Wiesn sollte die Stadt Kampagnen in Angriff nehmen. **Die OSZE hat am 15.12.2023 zu einem Runden Tisch zum Thema „Bekämpfung von Menschenhandel bei Sport Großveranstaltungen“ eingeladen. An den Ergebnissen könnte München sich auch für die BAUMA und die Wiesn orientieren. Wir unterstützen gern! München darf bei Großereignissen keine offenen Bordellszene mehr sein!**

***10) Brief OB Reiter in einem Schreiben an das Nord Süd Forum München vom 30.05.2022:**

„Die Freier wiederum können bisher in München lediglich als notwendige Beteiligte in ein Ordnungswidrigkeitsverfahren aufgenommen werden.“ Eine Ahndung von Freiern sei damit in München (anders als in Stuttgart) derzeit nicht möglich.

„Im Zuge der laufenden Sperrbezirksverordnung für die Landeshauptstadt München werden mit der Regierung von Oberbayern als Verordnungsgeberin die Aufnahme rechtlicher Möglichkeiten für eine Bestrafung der Freier erörtert.“

Wir warten auf das Ergebnis dieser Erörterungen und bitten den Stadtrat, hier Druck zu machen!

Das ist auch dringend nötig, wie ein Blick in die Welt der Freier zeigt:

<https://dieunsichtbarenmaenner.wordpress.com/>

***11) Hochrechnungen aus Sicht von Experten:** Es kursieren diverse Schätzungen, viele davon von Lobbyorganisationen. Valide statistische Erhebungen gibt es nicht. Am verlässlichsten erscheinen uns Hochrechnungen der Polizei, wie die des Experten Helmut Sporer. Er geht deutschlandweit von 250.000 Frauen in der Prostitution aus. Diese Broschüre gibt einen guten Überblick über die Lage: <https://www.hss.de/publikationen/der-neue-deutsche-weg-pub2284/>

***12) Grüne Männer im Landtag fordern Sexualassistentz**

<https://www.nordbayern.de/panorama/grune-fordern-mehr-sex-fur-menschen-in-alterns-und-pflegeheimen-1.13085698>

Statt sich mit nationalen und internationalen Diskursen auseinanderzusetzen, agieren manche in der Politik, als hätten sie vom Wandel in der Welt zu mehr Geschlechtergerechtigkeit gar nichts

mitbekommen. Naiv werden Lobby-Narrative nachgebetet, als hätte sich die Welt sich in 20 Jahren nach Einführung des Prostitutionsgesetzes gar nicht geändert, als hätte es Me-too, als hätte es ein Verbot der Vergewaltigung in der Ehe und „Nein heißt Nein“ gar nicht gegeben. Die Beschränkungen seiner bisherigen Herrschaft über Frauen soll ein Mann ganz einfach überwinden können, indem er einem Zuhälter 50€ aushändigt? Und die Frau in der Prostitution lässt sich auch dann „freiwillig“ in alle Körperöffnungen penetrieren, wenn sie der Gehirnwäsche eines Lover-Boys unterzogen wurde, unter den Gesetzen der organisierten Kriminalität lebt und keine Bleibe außerhalb des Bordells hat? Höchste Zeit, mit dieser Lebenslüge von der „freiwilligen Sexarbeit“ aufzuräumen und mit der Klientelpolitik für vielleicht 10% der privilegierten Frauen für die 90% Opfer des Menschenhandels unsichtbar gemacht und als Kollateralschaden hingenommen werden.

***13) Herr Benkers Vorstellung von Menschenrechten: Faktencheck**

Es gibt keine seriösen Rechtsquellen, die den Kauf von sexuellen Dienstleistungen als Menschenrecht bezeichnen würden. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 sagt Gegenteiliges: Art.4: „Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden.“ Art.5: Verbot der Folter, Art.7 Anspruch auf Schutz durch das Gesetz. Der UN Sozialpakt von 1966, Art.3 fordert die Gleichberechtigung der Geschlechter. Das Grundgesetz setzt die Würde des Menschen an erste Stelle. Das Europäische Parlament sieht die Menschenwürde schon 2014 durch Prostitution verletzt, am 14.09.23 nochmals bestätigt durch die Annahme des Noichl-Berichts im EP. Die Verletzung der Menschenwürde gilt unabhängig von einer eventuell gegebenen Freiwilligkeit. „Unveräußerlich“, so heißt es auch im GG über die Würde des Menschen. Würde ist also keine Frage des individuellen Empfindens. (Mehr dazu bei Mack/Rommelfanger 2023)

Vertritt Herr Benker also seine private Version von Menschenrechten? Vielleicht nicht, denn ein Dokument von Amnesty International von 2014 besagt: „ Sexuelles Verlangen und sexuelle Aktivität sind ein grundlegendes menschliches Bedürfnis. Diejenigen zu kriminalisieren, die nicht willens oder in der Lage sind, sich dieses Bedürfnis auf traditionellem Weg zu erfüllen, ist eine Verletzung ihres Rechts auf Privatheit und unterminiert das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und Gesundheit.“

Zur Zuhälterei, bzw. „Vermittlungsdiensten“ heißt es hier: „Sie vereinfachen Sexarbeit, indem Sie Informationen und Assistenz bereitstellen.“ Hinter dieser offiziellen Positionierung steckte der Sexindustrie-Lobbyist Douglas Fox, Gründer der britischen International Union of Sex Workers, der seine Unterstützer aufgefordert hatte, Amnesty beizutreten, um die Organisation von innen zu „bearbeiten“. (Manfred Paulus, Menschenhandel und Sexsklaverei, Wien 2020, Seite 180 f.) AI spricht sich also für die Entkriminalisierung von Zuhältern, Bordellbetreibern und allen anderen Personengruppen aus, die von der Prostitution profitieren. Wir fragen uns: Wie ist eine solche Position vereinbar mit einer Organisation, die sich der Verteidigung der **universellen Menschenrechte** rühmt?

Hier ein Video, das die Menschenrechte aus einer anderen Perspektive beleuchtet:

Wie unser System Frauen aus Osteuropa als Kollateralschaden hinnimmt:

<https://www.youtube.com/watch?v=it1chiWkb8c>

Wie bedeutsam ist die Beurteilung von Amnesty International für uns in Deutschland heute? AI arbeitet nicht basisdemokratisch, die Entscheidungen fallen top down. Amnesty Deutschland darf den Vorgaben von AI zwar nicht offiziell widersprechen, kann sie aber ignorieren und in der konkreten Arbeit nichts zu dem Thema machen. So ist die jetzige Lage in Deutschland. AGGB hat Kontakt zu AI Mitgliedern, die unsere Positionen als Privatperson unterstützen. **Amnesty International zeigt sich in dieser Frage eindeutig nicht als Vertreterin der Menschenrechte, sondern auf der Seite der Männerrechte.** Menschenhandel und organisierte Kriminalität, die der Prostitution inhärent sind, werden ausgeblendet, der Lobby wird nach dem Munde geredet. Aus unserer Sicht entspricht die „Expertise“ von Amnesty im Bereich Prostitution in etwa der von der ansonsten geschätzten Greta Thunberg, die sich jetzt auch für eine „Expertin“ in Fragen der Nahost Politik hält.

14) Hier folgen wir der Einschätzung, die das Bündnis Nordisches Modell schon am 13.12.23 in einer Stellungnahme zum Hearing abgegeben hatte:

Zu Beginn des zweiten Blocks des Hearings wurde auf eine Aufforderung der Regierung von Oberbayern Bezug genommen und anhand eines Urteils des Bayerischen Landesverfassungsgerichtshofes von 1982 erläutert, dass die Stadt München die Sperrbezirke ausweiten müsse. Nach juristischer Prüfung haben wir ernsthafte Zweifel an dieser Schlussfolgerung und möchten daraus folgende Beschlussempfehlung ableiten:

Der Stadtrat beschließt, nach umfassender Prüfung - die Sperrbezirksverordnung für München ist bis mindestens Ende 2025 rechtmäßig und bleibt in ihrer jetzigen Fassung bestehen

- Sonderregelungen für Behinderten-, Pflege- oder Senioreneinrichtungen sind nicht zielführend und werden bis mindestens Ende 2025 nicht eingeführt

- die Regierung von Oberbayern zu ersuchen, die Sperrbezirksverordnung nicht zu verändern.

2023 gibt es gewichtige sachliche Gründe, die den vorstehenden Beschluss rechtssicher machen und die einen klaren Einklang mit der heutigen Werteordnung aufzeigen:

1. Deutschlandweite Hinweise auf Scheitern des ProstSchG
2. Gescheiterte Reform der Strafvorschriften gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution³
3. Evaluation des ProstSchG und Nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel bis Mitte 2025 abwarten
4. Urteil des BayVerfGH von 1982 im Lichte seiner Zeit betrachten; 2024 erfolgt Anbahnung digital
5. Werteordnung des EU-Parlaments, Resolutionen 2023 und 2014
6. Werteordnung der CDU/CSU Fraktion im neuen Positionspapier 2023
7. Werteordnung des Evangelischen Kirchentags Mitte 2023 „Wertewandel in der Prostitutionspolitik“
8. Bundeskanzler Scholz November 2023; bestimmt die Richtlinien der Politik Art. 65 GG
9. Rechtliche und rechtsethische Untersuchung der Prostitution, 2023, begründet Verfassungswidrigkeit der geltenden Gesetze
10. Internationale Konventionen und Empfehlungen zur Eindämmung der Nachfrage, z.B. UN & OSZE

Positionierung der Politik zum Thema Prostitution:

Am 14.09.23 hat das Europa Parlament den Bericht der SPD Europa-Abgeordneten Maria Noichl angenommen. Er besagt, dass Prostitution Gewalt ist.

Am 7.11.23 hatte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag ihr wegweisendes [Positionspapier für ein Sexkaufverbot](#) verabschiedet.

Am 15.11.23 hat Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Regierungsbefragung aufgrund der Frage von Dorothee Bär, CSU, den "Sexkauf" als "nicht akzeptabel" bezeichnet.

Ist ein Umdenken auch bei den Grünen in Sicht?

Wir fragen uns, warum immer noch Grüne für Prostitution und damit indirekt auch für den Menschenhandel lobbyieren. Nicht nur Männer setzen sich immer noch für ein „Menschenrecht auf Sexualität“ ein, womit sie auch einen gekauften „Konsens“ meinen. Dabei ist dieser Anspruch nichts anderes als das alte patriarchale Männerrecht auf den Zugang zum weiblichen Körper, INCEL-Ideologie. Er konterkariert jeden feministischen Anspruch an Politik. Durch Geld soll die Gewalt in der Prostitution kompensiert werden, dabei wird nur die Ungleichheit zementiert. Immer mehr Grüne wollen inzwischen aber weg von der Real- und Klientelpolitik für die Bordellbetreibenden, hin zu einer Politik auf der Basis von Evidenz und Empathie. Viele wissen aber: Die maßgeblich von den Grünen initiierte Liberalisierung von 2002 ist gescheitert und hat uns verheerende Zustände beschert. Die Protagonistinnen der Politik schämen sich offenbar, jedenfalls war keine zur Verteidigung des Gesetzes gegenüber der schon erwähnten Spiegel Redakteurin Katrin Langhans bereit.

Hier eine kritische Stimme aus Frankfurt, die zum Umdenken auffordert:

<https://www.gruene-frankfurt.de/post/0c7bdf48-479d-447e-8fd2-f1047f3e8f53>

Sexarbeit als Menschenrechtsverletzung und Hindernis für die Gleichstellung der Geschlechter

Der Frau in der Prostitution wird eingeredet, bei der Benutzung ihres Körpers handle es sich um Arbeit. „Sexarbeit“, so heißt das verharmlosende und zynische Narrativ, das sich auch in manchen offiziellen Texten findet. Den Frauen suggeriert der Begriff, dass sie an ihrem Schicksal selbst schuld sind: falsche Berufswahl ... Männern gibt der Begriff die Erlaubnis sich an Frauen zu bedienen, auch für die Jugend wird der Einstieg erleichtert. **Dass es sich bei den Frauen strukturell gesehen, oft um Menschenhandelsopfer handelt, interessiert die Vertreter:innen der Männerrechte offenbar nicht. Für die Freiheit, Frauenkörper sexuell und wirtschaftlich auszubeuten werden die Menschenhandelsopfer als Kollateralschaden hingenommen.**

FRN: [EineWeltReport mit Silvia Reckermann - Sexarbeit: Ein Begriff macht Karriere \(freie-radios.net\)](https://www.freie-radios.net/EineWeltReport-mit-Silvia-Reckermann-Sexarbeit-Ein-Begriff-macht-Karriere)

Wer – ganz legal - für 30 € oder weniger eine Frau benutzen darf, soll im privaten und beruflichen Kontext Frauen achten und auf Konsens in der Liebe hinarbeiten? Wie passt das zusammen? Das ist einfach absurd. Prostitution ist in den seltensten Fällen eine Wohltat im Club der einsamen Herzen, meistens aber die Schule der Vergewaltigung.

Hinter vorgehaltener Hand bekennen sich immer mehr Grüne zu einer menschenrechts-basierten Prostitutionspolitik. Nur wenige, mutige stehen dazu, dass sie 2002 einen Fehler begangen haben: So Beate Müller-Gemmeke, MdB: <https://www.youtube.com/watch?v=JPBSCJTtKXc>

Hier eine zeitgemäße Stimme aus dem links-alternativen Spektrum:

<https://www.kontextwochenzeitung.de/debatte/240/die-unheimliche-hure-3230.html>

Stuttgart will keine Bordellbetriebe mehr genehmigen. Hier ein leicht polemischer Kommentar: <https://www.kontextwochenzeitung.de/debatte/240/die-unheimliche-hure-3230.html>

Weitere Links:

14.06.2022 Anhörung im Bayrischen Landtag zur Situation der Prostituierten in Bayern (12.05.2022) **mit allen Stellungnahmen dazu, die zeigen, wie breit der Konsens für eine menschenrechtsbasierte Prostitutionspolitik inzwischen ist.**

<https://www.bayern.landtag.de/aktuelles/aus-den-ausschuessen/sozialausschuss-anhoerung-situation-der-prostituierten-in-bayern/>

Wir haben eine wissenschaftliche Datenbank, die bei Bedarf zugänglich gemacht werden kann. Als **niedrigschwelligen Einstieg** in die Thematik empfehlen wir die Veranstaltung des Nord Süd Forums München zum **internationalen Tag der Menschenrechte 2020**, hier Auszüge:

Wie denken Männer, die für Sex bezahlen? <https://www.youtube.com/watch?v=cSBvgOTTEMY>

<https://www.youtube.com/watch?v=0R8bzzu1EQs>

<https://www.youtube.com/watch?v=ERIEIK5H2rU>

Was ist das nordische Modell? <https://www.youtube.com/watch?v=YOOq0Rbwf14>

Was denken spanische Feministinnen über Prostitution?

<https://www.youtube.com/watch?v=wU5klUrgVgY>

Wie werden Schülerinnen in Berlin über Prostitution informiert?

<https://www.youtube.com/watch?v=csJ5s3JHgHk>

Leni Breymaier: gut gemacht, schlecht gelaufen: <https://www.youtube.com/watch?v=A-ZD7AtLk1o>
